

## Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

### **Der Landtag Brandenburg bedauert die miserable Umsetzung des Schallschutzprogramms am BER**

Der Landtag entschuldigt sich bei den vom Flughafen BER schwerstbetroffenen Bürgern in rund 26.000 Haushalten dafür, dass ihnen über Jahre der zustehende Schallschutz von der FBB GmbH bisher vorenthalten wurde. Der Landtag bedauert, dass er nicht machtvoll darauf hingewirkt hat und die Landesregierung nicht zu einer dem Planfeststellungsbeschluss entsprechenden Umsetzung mit Hilfe von Vollzugshinweisen der Aufsichtsbehörde oder sonst wie geeigneten aufsichtsrechtlichen Maßnahmen für die FBB GmbH angehalten hat.

#### Begründung:

Als Ergebnis der Anhörungen zur Umsetzung des Schallschutzprogrammes im Sonderausschuss BER am 23.01. und 13.02.2017 ist mehr als deutlich hervorgetreten, dass die FBB GmbH mindestens unter Duldung der Landesregierung eine systematische „Politik“ betrieben hat, mit dem Ziel Schallschutz so weit wie möglich zu vermeiden oder für den Flughafen so billig wie möglich umzusetzen.

Die Landesregierung hat bis heute wenig oder nichts dafür unternommen, dass die betroffenen Menschen den ihnen zustehenden Schallschutz nach Planfeststellungsbeschluss bekommen und hat es unterlassen und vermieden durch Vollzugshinweise der Aufsichtsbehörde sowie geeignete aufsichtsrechtliche Maßnahmen sicher zu stellen, dass alle tatsächlich genutzten Wohnräume der schallschutzberechtigten Anwohner den geeigneten und den nach Planfeststellungsbeschluss erforderlichen Schallschutz erhalten.

Wäre der Flughafen - wie schon mehrfach fälschlich avisiert - bereits eröffnet worden, hätte sich die Landesregierung wissentlich der erheblichen gesundheitlichen Gefährdung von Menschen in rund 26.000 Haushalten schuldig gemacht.